

# Spangenberg Zeitung.

Anzeiger für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg.

Preisdruck Nr. 27

Erscheint wöchentlich 3mal und gelangt Dienstag, Donnerstag und Sonnabend nachmittags zur Ausgabe. Abonnementspreis pro Monat 0.90 RM. frei in Haus, einschließlich der Beilagen „Mein Garten“, „Die Frau und ihre Welt“, „Der bessere Mensch“, „Wirtschaftliche Wissen für Alle“, „Unterhaltungsbeilage“. Durch die Postaufkanten und Briefträger bezogen 1.20 RM. Im Falle höherer Gewalt wird kein Schadenersatz geleistet.



Telegr. Abdr.: Zeitung.

Die Millimeter-Anzeigen-Beile ist bei 40 mm Spaltenbreite 4 Reichspfennig. Geschäftliche und Vereins-Anzeigen nach besonderem Tarif. Der Millimeter-Preis für Anzeigen im Textteil beträgt bei 90 mm Spaltenbreite 12 Reichspfennig. Für sämtliche Aufträge gelten die Bedingungen der ab 1. Januar 1934 gültigen Preisliste Nr. 1. Anzeigenannahme am Erscheinungstag ge bis 9 Uhr vormittags.

Druck und Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzer

Hauptgeschäftsführer und für den Anzeigenteil verantwortlich: Hugo Munzer Spangenberg

Nr. 50

Donnerstag, den 26. April 1934

27. Jahrgang.

## Das Urteil im Waltershaufener Mordprozess

### Liebig freigesprochen

#### Wo wohnt das deutsche Volk?

Genaue und einleuchtende Feststellungen über die Zusammenfassung unseres Volkes aus ländlicher und städtischer Bevölkerung begegnen mannigfachen Schwierigkeiten. Wird der Fälschung die Verteilung der Volkszahl auf verschiedene Gemeindegrößenklassen zugrunde gelegt, so ist zu bedenken, daß neben der Bevölkerungsbewegung andere Veränderungen, wie das Aufwachen einzelner Gemeinden in Größenklassen mit höherer Volkszahl durch natürliches Wachstum oder durch Eingemeindungen das Bild des Fälschungsergebnisses mitbestimmen. Schalten wir diese Einflüsse aus, so ergibt die Volkszählung vom 16. Juni 1933 über die Frage nach der Verteilung der Bevölkerung auf Stadt und Land folgende Aufschlüsse: Von der Gesamtvolkszählung von 65 188 626 Personen, die am Zähltag ermittelt wurde, entfielen 49 698 770 oder 67 Prozent auf die städtische Bevölkerung (Gemeinden mit 2000 und mehr Einwohnern), während 21 489 856 oder 33 Prozent der ländlichen Bevölkerung, anlässlich in Gemeinden mit weniger als 2000 Einwohnern, zuzurechnen waren; von der gesamten Steigerung der Volkszahl seit 1925 um 2 778 007 Personen gehören 222 215 oder 8 Prozent der ländlichen Bevölkerung, der 92 Prozent der städtischen Bevölkerung an; in den Gemeinden mit weniger als 2000 Einwohnern betrug die Bevölkerungszunahme 1 Prozent, in den übrigen Gemeindegrößenklassen wuchs die Volkszahl seit 1925 um 6,2 Prozent.

Dieses Bild der Verteilung des deutschen Volkes auf Stadt und Land ist das Ergebnis der Entwicklung eines Jahrhunderts: es ist das Bild des in großen städtischen Bevölkerungseinheiten zusammengeballten industrialisierten Volkes. Die Ausdehnung der Städte ist aber nicht auf den stetigen Wachstum ihrer eingetragenen Bevölkerung zurückzuführen. Im Gegenteil: die natürliche Bevölkerungszunahme ist in der Stadt seit Jahrzehnten weit geringer als auf dem Lande. 1932 hatten die Großstädte (mehr als 100 000 Einwohner) mit einem Geburtenüberschuß von 0,8 auf Tausend die geringste natürliche Bevölkerungszunahme. Aber bei der Fälschung von 1933 betrug die Zunahme ihrer Bevölkerung gleichwohl 4,9 Prozent und ihr Anteil am gesamten Wachstum der Volkszahl gar 33,1 Prozent.

Die Ursache dieses Mißverhältnisses zwischen natürlicher Vermehrung und tatsächlichen Wachstum der städtischen Bevölkerung ist bekannt: die großen Gemeinden wuchsen auf Kosten des Landvolkes durch die Wanderbewegung vom Lande zur Stadt. 1895 hielten sich Stadt und Land in ihrem Anteil an der Volkszahl noch die Waage, seitdem gewann die Stadtbevölkerung die Ueberzahl. Auch im Zeitraum von 1925 bis 1933 ist die Zunahme der Bevölkerung in den Städten vornehmlich auf die Binnenwanderung zurückzuführen. Berlin und das Gebiet des Regierungsbezirks Potsdam haben in diesem Jahrzehnt 357 000 Menschen oder 6,7 Prozent ihrer Bevölkerung durch Zugang gewonnen; Hamburg, Bremen und Weiden erfreuten sich einer Bevölkerungszunahme durch Wanderung von 4 bzw. 5,9 und 4,3 Prozent. Die Gebiete im Osten des Reiches haben dagegen Wanderungsverluste zu beklagen: Ostpreußen hat mit 4,2 Prozent seiner Bevölkerung mehr als die Hälfte seines verhältnismäßig großen Geburtenüberschusses durch Landzuflucht eingebüßt; im Regierungsbezirk Stettin und in den schlesischen Regierungsbezirken Breslau, Liegnitz, Oppeln betragen die Verluste durch Wanderung zwischen 2 und 3 Prozent der Bevölkerung des Jahres 1925.

Aber es sind auch andere Beispiele zu verzeichnen — Beispiele, die erkennen lassen, daß im Bevölkerungsaustausch zwischen Stadt und Land dennoch nicht mehr der gleiche Entwicklungszug obwaltet wie vor dem Kriege. Und das markanteste Beispiel dieser Art bilden einzelne Gemeinden des westdeutschen Industriegebietes. Dort haben zwar die Regierungsbezirke Köln und Aachen anlässlich der Wanderbewegung von 2,5 und 2,4 Prozent zu verzeichnen, aber die Gemeinden stehen größere Abnahmen in den Regierungsbezirken Münster und Arnsberg gegenüber: Münster verlor 3,5, Arnsberg 3 Prozent seiner Bevölkerung von 1925 durch Wanderung aus den städtischen Industrie- und Dienstleistungszentren des Rhein-Ruhr-Gebietes. Auch Düsseldorf erlitt eine Bevölkerungszunahme durch Wanderung von insgesamt 0,6 Prozent, die sich bei der männlichen Bevölkerung sogar auf 1,8 Prozent steigerte.

Diese Beobachtung ist nicht überaus überraschend. Wir wissen, daß innerhalb des Jahrzehntes von 1925 bis 1933 in der Wanderbewegung vom Lande zur Stadt eine Wendung eingetreten war: seit 1930 errichteten die Städte eine Gegenwehr einem von Jahr zu Jahr und mit der Einwohnerzahl wachsenden Wanderverlust. Die Anregung zu dieser Umkehr der Wanderbewegung gab zweifellos die Wirtschaftskrise. Aber es liegen viele Anzeichen dafür vor, daß diese überdauernde Wendung ihren tiefsten und dauernden Wirkungsgrund in einem Wandel der gesellschaftlichen Haltung des Volkes hat und auf eine Strukturveränderung in der Verteilung der Bevölkerung auf städtische und ländliche Bevölkerungseinheiten und Lebensformen hinzielt. Denn schon vor dem Einbruch der Krise waren in der Wanderungsbilanz von Stadt und Land vereinzelte Zeichen für diese Umkehr in der Richtung der Binnenwanderung zu

erkennen, und auch nach der Ueberwindung des Tiefstandes der wirtschaftlichen Tätigkeit, im Jahre 1933, fehlt es nicht an Merkmalen der gleichen Erscheinung.

1933 wurden in den Großstädten 1 343 000 zugezogene und 1 418 000 fortgezogene Personen gezählt. Die Großstädte hatten somit auch in diesem Jahre einen erheblichen Wanderungsverlust von 75 000 oder 3,8 auf 1000 Einwohner. Diese Einbuße ist zwar um 4000 geringer als 1932, aber dieser geringe Rückschlag ist aus der wesentlichen Besserung der Lebensmöglichkeiten in den städtischen Berufen ohne Mühe zu erklären, ohne daß diese Deutung die Fälschung zu begründen vermag, die Eindämmung der Landflucht und die teilweise Rückwanderung auf das Land haben ihre Ursache ausschließlich in der Wirtschaftskrise und werden mit dieser ihren Abbruch finden.

Das ist nicht der Fall. Unteruchen wir die einzelnen Posten der Bilanz der Binnenwanderung des deutschen Volkes im Jahre 1933, so finden wir in den großen Städten des Rhein-Ruhr-Bereichs wiederum Wandererluste bis zu 17,2 auf Tausend. Vielerlei Ursachen wirken gegenwärtig zusammen, um die Einbuße des Bevölkerungsaustausches zwischen Stadt und Land zu bestimmen: neben der Besserung der Wirtschaftslage waren die Inanspruchnahme größer öffentlicher Arbeiten in ländlicher Umgebung, die Einschränkung der Landhilfe und die Erweiterung des Arbeitsdienstes von Einfluß auf Umfang und Wesen der Binnenwanderung. Das Bild der Wanderbewegung erscheint daher in seinen einzelnen Zügen widersprüchlich. Im ganzen gesehen gibt jedoch ihr Verlauf der Ueberzeugung Raum, daß sich die auf eine Erneuerung der erwerbsfähigen Gießerei und der Siedlungsordnung des deutschen Volkes gerichtete wirtschaftliche Politik des Reiches mit der seelischen Haltung vieler Kreise des Volkes, namentlich der Jugend, in glücklicher Uebereinstimmung befindet.

#### Urteil im Waltershaufener Mordprozess

### Freigesprochen!

Nach dreiwöchiger Verhandlungsdauer sprach das Schwurgericht Schweinfurt den Angeklagten Karl Liebig von der Anklage eines Verbrechens des Mordes und eines verurteilten Verbrechens des Mordes frei.

In der Urteilsbegründung heißt es, daß die sich während der Vernehmung ergebenden Verdachtsmomente nicht zu einer Verurteilung ausreichen und daß außerdem nach wie vor auf Frau Werther der Verdacht der Täterschaft lastet.

Der Vorsitzende führte noch u. a. aus: Für die Annahme, daß der Angeklagte die ihm zur Last gelegte strafbare Handlung verübt hat, sind zwar in der Hauptverhandlung gewichtige Verdachtsgründe hervorgehoben, die reichlich aber für eine Verurteilung nicht ausreichen. Zunächst gilt das für die Aussage der Zeugin Wilhelmine Werther. Wenn auch bestimmte Anhaltspunkte dafür, daß sie an der Ermordung ihres Mannes irgendwie beteiligt gewesen ist, nicht bestehen, so sind immerhin einige Verdachtsgründe gegeben. Infolgedessen ist auch von ihrer Beteiligung abgesehen worden. Die Schlüssigkeit des Gutachtens von Dr. Sefle soll nicht bestritten werden, aber für sich allein kann dieses Gutachten eine Verurteilung nicht tragen. Zugunsten des Angeklagten kommt in Betracht, daß ein Beweggrund, aus dem er die Tat verübt haben könnte, nicht erkennbar geworden ist. Für die Annahme der Anklagebehörde, daß der Täter sich in diebstahlischer Absicht in die Räume eingelassen hat, kann kein Anhaltspunkt festgestellt werden. Um Körper und an den Kleidern des Angeklagten wurden Blutspuren nach der Tat nicht nachgewiesen. Ueberdies ist ungeklärt geblieben, wie der Angeklagte die Mordräume hätte betreten und wieder verlassen können. Bei dieser Sachlage kam es zur Freisprechung des Angeklagten von der ihm zur Last gelegten Anschuldigung. Damit erledigt sich auch der Antrag eines Haftbefehls gegen Liebig.

Zum Schluss seiner Verteidigungsrede für Liebig hatte Rechtsanwalt Dr. Deeg erklärt, daß er mit der Staatsanwaltschaft einig gehe, die den ersten Eindruck für fingiert erkläre. Dann konnte es sich aber auch um keinen Diebstahl handeln. Weiter betonte er, es wäre unmöglich, daß sich Liebig seinerzeit in das Tatortlokalraum eingelassen hätte. Das habe gerade auch die Anklagebehörde bewiesen, denn sie habe seinerzeit die Haftbefehlsurteile der Frau Werther damit abgewiesen, daß sie erklärte, es sei unmöglich gewesen, daß nach der Tat noch eine dritte Person die Taträume hätte verlassen können. Also wäre es unmöglich gewesen, daß es Liebig sein konnte. Auf die Waffe Liebigs übergehend, führte der Verteidiger aus, daß Liebig nie ein Gewehrnis aus dem Besitz dieser Waffe gemacht habe. Er habe sie allen Zeiten gezeigt und auch Frau Werther habe davon gewußt. Ueber die Gründe der Tat läßt sich der Verteidiger nach des Räthens aus und betont, daß wohl bei Liebig kein Grund vorhanden gewesen sei, auf der anderen Seite aber wäre eine ganze Reihe von Gründen vorhanden. Weiter betonte der Verteidiger, es hätten doch alle Zeug, eine

Unmenge von Zeugen erklärt, daß sie Liebig nicht für den Täter hielten. Verschiedene Angaben der Frau Werther wurden vom Verteidiger nach mehreren Richtungen hin geprüft und Widerspruch festgestellt. Ganz besonders beachtete er die Art und Weise, wie im Auftrage der Frau Werther der Privatdetektiv Lehnert aus Berlin Material gesammelt habe, um Liebig zu verdächtigen und den Verdacht von Frau Werther abzulenken.

An die Geschworenen richtete der Verteidiger folgenden Appell: „Wenn Sie alle Empfindungen und Eindrücke, die Sie im Prozeß gewonnen haben, auf die Waagschale der Gerechtigkeit legen und das, was gegen Liebig vorgebracht wurde, auf die andere Waagschale legen und dann abwägen, so bin ich überzeugt: die Waagschale, auf der alle die Eindrücke liegen, die für die Entlastung Liebigs sprechen, senkt sich tief hinab, während die andere, in der die Belastungsmomente liegen, hoch hinaufgehoben wird, weil zu leicht gefunden. Die Waage der Gerechtigkeit wiegt nach dem Freispruch hin, den ich beantrage.“

#### Die Mißwirtschaft hat aufgehört

Ueberführung im Braunschweiger Landeshaushalt.

Der Haushalt des Landes Braunschweig für das nunmehr abgelaufene Rechnungsjahr 1933/34 weist bei 43 Millionen RM Ausgaben einen Ueberfluß von 500 000 RM auf. Als die nationalsozialistische braunschweigische Staatsregierung den Haushalt aufstellen mußte, war aus 1932 noch ein Fehlbetrag von 3,6 Millionen RM vorhanden, der übernommen werden mußte.

Darüber hinaus wies das Land Braunschweig eine schwebende Schuld von 7,1 Millionen RM auf. Innerhalb eines Jahres ist es gelungen, den Fehlbetrag in einen Ueberfluß von 500 000 RM zu verwandeln. Die schwebende Schuld konnte vollkommen abgedeckt werden, und die Regierung verfügt heute bei der Staatsbank über ein Guthaben von einer Million RM.

#### Späte Sühne

Die Ermordung der Polizeihauptleute Anlauf und Lenz vor Gericht.

Nach mehr als 2½ Jahren findet nunmehr die Ermordung der beiden Polizeihauptleute Anlauf und Lenz, die am Abend des 9. August 1931, dem Tage des preussischen Volksfestes, auf dem Bülowplatz in Berlin von kommunistischen Landstößen niedergeschossen wurden, ihre Sühne. Nach langwierigen Vorverhandlungen ist jetzt Anklage gegen 25 an dem Mord mittelbar oder unmittelbar beteiligte Kommunisten erhoben worden, von denen 10 geflüchtet sind. 14 Angeklagte werden sich wegen gemeinschaftlichen Mordes und gemeinschaftlichen verurteilten Mordes zu verantworten haben. Der 25 Angeklagte wird von der Anklagebehörde Begünstigung zur Last gelegt.

Am Abend des 9. August 1931 sollten auf dem Bülowplatz vor dem Karl-Liebknecht-Haus die Ergebnisse des Volksentwurfs über die Auflösung des Preussischen Landtages verkündet werden. Da es wiederholt zu Ausbrechungen kommunistischer Demonstrationen gekommen war, mußte die Polizei mehrfach gegen die Ruhestörer vorgehen. Bei einem solchen Antipressionsgang wurden Polizeihauptmann Anlauf, der bei den Kommunisten den Spitznamen „Schweinebade“ führte, der Polizeioberwachmeister Willig und der Polizeihauptmann Lenz vor dem Lichtspielhaus „Babylon“ niedergeschossen. Anlauf blieb mit einem tödlichen Kopfschuß liegen, während Lenz, der einen schweren Lungenbruch erhalten hatte, sich noch erheben konnte. Er zog die Pistole heraus und ließ in den Barracken des Rinas, wo er aber tot zusammenbrach. Willig hatte einen Bauchschuß erhalten und laut gleichfalls in die Klinik, er konnte sich aber sofort wieder aufrichten, zog die Pistole und verfeuerte den ganzen Rabbinen. Darauf brach auch er zusammen. Erst nach monatelangem Siechtum gelang es der Kunst der Heiler, ihn wiederherzustellen.

Geistliche Urheber der Mordtaten sind die beiden früheren kommunistischen Reichstagsabgeordneten, der 36-jährige Hans Kippberger und der 33-jährige berüchtigte Heinz Neumann.

Beide sind flüchtig. Angesichts der Tatsache, daß der Mord schon so lange zurückliegt und die Ermittlungen dadurch außerordentlich erschwert sind, wird es der Hauptverhandlung vorbehalten bleiben müssen, endgültige Feststellungen in der Richtung zu treffen, inwieweit die Voraussetzung des gemeinschaftlichen Mordes auf alle Angeklagten in einzelnen anzuwenden sein wird.

#### Regierungsrufe in Spanien

Madrid, 26. April.

Das Kabinett Lerroux hat dem Staatspräsidenten seinen Gesamttritt erklärt, der von diesem auch angenommen worden ist. Die Gründe hierfür sind in Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Kabinett und dem Präsidenten über das Amnestiegesetz zu suchen.



## Es geht vorwärts!

Arbeitslosigkeit im März sogar um über 700 000 gesunken.

Während nach den Berichten der Arbeitsämter die Zahl der Erwerbslosen in Deutschland im März 1934 um rund 574 000 geringer war als im Vormonat, ergibt sich nunmehr aus dem vorläufigen Ergebnis der Krankentassen-Mitgliederstatistik, daß tatsächlich die Erwerbslosigkeit im März um 719 588 Personen zurückgegangen ist.

Die Zunahme der Beschäftigten ergibt sich in dieser Höhe aus den Neuanmeldungen zu den Krankentassen-Versicherungen bei den Krankentassen. Die Krankentassen-Statistik beträgt also, daß rund 150 000 bisher Erwerbslose noch über die von den Arbeitsämtern gemeldete Zahl des Rückganges der Erwerbslosen hinaus, wieder in den Arbeitsprozeß eingefügt werden konnten. In informierten Kreisen wird hierzu betonte, daß diese Differenz, die einen so erfreulichen Fortschritt der Arbeitsbeschaffung über die ersten amtl. Meldungen hinaus verrät, sich daraus erklärt, daß bei den Zahlen der Krankentassen auch die sogenannte unvollständige Erwerbslosigkeit in der Erscheinung tritt. Es sind also auch aus den Reihen der aus irgendwelchen Gründen nicht von den Reichsanstalten für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung betreuten, Erwerbslosen rund 150 000 wieder in Lohn und Brot gekommen.

## Neuaufbau der Arbeitsfront

Die größte Organisation der Welt.

Die politischen Leiter der NSDAP und die Amtswalter der Deutschen Arbeitsfront des Gau Groß-Berlin erhielten im Sportpalast in Berlin von dem Organisationsleiter der NSDAP, Dr. Claus Selgner, der zugleich auch Organisationsleiter der Deutschen Arbeitsfront und der NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“ ist, Mitteilungen über den Aufbau und die Neuorganisation der Deutschen Arbeitsfront. Danach seien heute in der Arbeitsfront über 22 Millionen schaffender deutscher Menschen zusammengefaßt. Wenn hierzu die in der Partei Organisierten — ohne die SA — gerechnet würden und noch diejenigen, die nach Erledigung ihrer Anmeldung beim noch Durchführenden gegenwärtigen Werbeaktion Mitglieder seien, dann gehörten der Deutschen Arbeitsfront wohl mindestens 30 Millionen Mitglieder an, die korporativ Angehörigen und die in der Landwirtschaft tätigen eingerechnet. Mit Recht wies der Redner darauf hin, daß es eine Organisation in ähnlichem Ausmaß in der ganzen Welt nicht gibt.

Um zu verstehen, daß diese Kleinorganisation auseinanderfalle, sei eine Umorganisation der Deutschen Arbeitsfront in Aussicht genommen. Zur sicheren Garantie der Arbeit der Partei ebenso wie der Arbeitsfront werde die bisherige Gliederung der Partei auf die Arbeitsfront übertragen, so daß man auch hier künftig den Block, bestehend aus 25 Mitgliedern, die Zelle, die Betriebsgemeinschaft, die Ortsgruppe, den Kreis, den Gau und — als Neues — den Bezirk kennen werde. Der Bereich einer Ortsgruppe der NSDAP, entliehe dem Bereich einer Ortsgruppe der Arbeitsfront um. Zu dieser regionalen Gliederung trete die vertikale Gliederung der 18 Reichsbetriebsgemeinschaften, die eine Gliederung nach den Berufsständen darstellte, aufgebaut auf den einzelnen Betrieben über die Ortsgruppen bis zu ihrer obersten Spitze, der Reichsbetriebsgemeinschaft, 16 von diesen Reichsbetriebsgemeinschaften würden von der NSDAP, zwei von der NS-Gaue betreut. Eingebaut in diese neue Organisation würden die Berufsämter der Kreise, die die Ausbildung des einzelnen und seine Aufstiegsmöglichkeiten bis zur höchsten Stelle zu überwachen haben.

Der Redner betonte zum Schluß, die Amtswalter seien berufen, das, was sie vom Nationalsozialismus erwarteten, auch selbst durchzuführen. Der Ley erwartete von seinen 1,3 Millionen Amtswaltern, daß sie sich einsetzen für die Ziele des Nationalsozialismus.

## Aufruf der Deutschen Arbeitsfront

Senkung der Beiträge. — Endgültige Aufnahmeperrre.

Die DAF, erläßt folgenden Aufruf: „Arbeitskameraden! Der 1. Mai steht vor der Tür und mit ihm zwei bedeutsame Ereignisse: 1. Beitragsenkung, 2. die in Aussicht genommene endgültige Schließung der Mitgliederlisten zur Deutschen Arbeitsfront.“

## Die schöne Rosmarie

ROMAN VON WOLFGANG MARKEN

(45. Fortsetzung.)

Rosmarie führt ihre Mutter die Dorfstreife entlang, die sie so oft gewandert ist. Ihr Herz klopfte stürmisch, sie kann es kaum erwarten, ihr Kind wiederzusehen. Endlich kommt das kleine Haus der Frau Kantor in Sicht.

Sie beschleunigt ihre Schritte, so daß Frau Nia Mühle hat, mitzuhalten.

Frau Kantor Scholz ist von dem unerwarteten Besuch riesig überrascht.

Sie umarmt Rosmarie herzlich und begrüßt Frau Nia mit freudlichen Worten.

Dann fragt sie: „Hatten Sie meinen Brief schon erhalten?“

„Nein!“ entgegnete Rosmarie. „Was ist geschehen?“

„Ist Hannelore krank?“

„Nein, nein!“ Die alle Frau lächelt geheimnisvoll. „Aber nun kommen Sie, legen Sie erst ab. Dann will ich Sie zu Hannelore führen.“

Als kurz darauf die beiden Frauen über die Schwelle des Zimmers treten, in dem das Weibchen Hannelores steht, erleben sie eine große Überraschung: James Paterincks sitzt am Bett des Kindes.

Er erhebt sich mit verlegenem Gesicht.

„Du... bist hier, James?“ ruft Rosmarie aus.

Er ahnt nicht, was in diesem Augenblick das Herz des jungen Weibes bewegt, daß große, ehrliche Freude mit tiefstem Schmerz kämpft.

„Ja, Rosmarie...“

Wollt Ihr Euch ausschließen von der gewaltigen Front der deutschen Arbeit? Wollt Ihr nicht tätig am Aufbau unseres deutschen Staates mitarbeiten und damit Euch selbst, Eurem Heim und Eurer Familie den Platz im deutschen Arbeitsstaat zuwenden und sichern, der Euch zukommt?

Der Führer der Deutschen Arbeitsfront hat als Sachwalter der großen sozialistischen Volksidee Adolf Hitlers die 22 Millionen deutsche Volksgenossen, die heute schon in der Deutschen Arbeitsfront leben und in einer unerschütterlichen Gemeinschaft der Arbeit zusammengeschlossen sind, von Sklaven der Arbeit zu schicksalsverbundenen Volksgenossen und Arbeitskameraden gemacht. Denn die Deutsche Arbeitsfront ist die Gestalt der deutschen Schicksalsgemeinschaft.

Wir sind ein Volk von Arbeitern, und keine Macht der Welt kann den festgeschlossenen Block wieder auseinanderreißen. Darum gehört auch Du, Arbeitskamerad, der Du bisher der DAF fernbleibst, zu uns.“

In den nächsten Tagen wird die Neuregelung der Beiträge, die außer einer Ermäßigung die Einrichtung von 21 Beitragsstufen vorstelt, bekanntgegeben werden. Zugleich werden Sehungen und Begünstigungen veründet.

Die zuständigen Ortsgruppen sind durch telefonischen Anruf bei den Kreisbetriebszellenabteilungen in Erfahrung zu bringen.

## Das deutsche Handwerk am 1. Mai

Aufruf des Reichshandwerksführers zum Nationalfeiertag.

Der Reichshandwerksführer W. G. Schmidt erläßt folgenden Aufruf an das Deutsche Handwerk: An Meister, Gesellen, Lehrlinge und sonstige Arbeitnehmer des Handwerks:

Der nationalsozialistische Staat hat den 1. Mai zum Nationalfeiertag erklärt. Damit ist bereits im Vorjahre ein tiefes Sehnen des deutschen Volkes, die Werkfähigkeit der hand- und Kopfarbeit durch einen besonderen Feiertag herbeizuführen, erfüllt. Im deutschen Handwerk ist die Arbeit, die Handarbeit und die Kopfarbeit, Grundlage und Voraussetzung der Wirtschaft und Kultur des gesamten deutschen Handwerks. Meister, Gesellen, Lehrlinge und sonstige Arbeitnehmer des deutschen Handwerks arbeiten in wohlgeordneter Betriebsgemeinschaft und bei nationalsozialistischer Führung in treuer Kameradschaft zusammen. Es wird die Aufgabe des deutschen Handwerks sein, die Arbeit und den schaffenden Menschen wieder zu ihr Ehre zu bringen, daß das Bewußtsein der gemeinsamen Zusammenarbeit in einem Betriebe, die gemeinsame Verantwortung für einen Betrieb und das gemeinsame Streben nach höchster Leistungsfähigkeit und Vollkommenheit das festeste Band für Betriebsführer und Betriebsangehörige, für Meister, Gesellen und Lehrlinge untereinander ist. Wenn dieser sehnlichste Wunsch des deutschen Handwerks einmal in höchstmöglicher Vollkommenheit erfüllt ist, dann wird der deutsche Sozialismus als heiligste und schwerste Aufgabe des nationalsozialistischen Staates den Sieg davongetragen haben.

Ich erwarte deshalb von allen Betriebsinhabern und Betriebsführern des deutschen Handwerks, von den Handwerksmeistern und von den Handwerksgehilfen, daß sie sich der Bedeutung des Feiertages der nationalen Arbeit innerlich bewußt sind und äußerlich sich selbst an den öffentlichen nationalen Feiertagen in ständiger Beschäftigung und Gemeinschaft beteiligen.

Für die Beteiligung der Handwerkerinnungen an den öffentlichen Feiertagen habe ich besondere Anordnungen herausgegeben.

## Der Dank des Führers

Der Führer gibt bekannt:

„Für die gutgemeinten Glückwünsche, die mir zu meinem Geburtsfest aus allen Teilen des Reichs und aus dem Ausland zugegangen sind, danke ich herzlich. Gern würde ich allen denen, die meiner in treuer Unabhängigkeit gedacht haben, im einzelnen antworten, jedoch ist es mir bei der überaus großen Zahl der mir überlieferten Segenswünsche nicht möglich. Ich bitte daher, auf diesem Wege meinen aufrichtigen Dank entgegenzunehmen.“

## China protestiert

Schanghai, 25. April.

Die chinesische Regierung hat der japanischen Gesandtschaft eine Note zugestellt. Die chinesische Regierung beschließt sich mit der Stellungnahme Chinas zu der japani-

gen Erklärung vom 8. April 1934 und betont, die chinesische Regierung lehne über den Inhalt jede Ausdrucksform ab, die unter diesen Umständen eine Verständigung zwischen China und Japan völlig unmöglich sei.

Die chinesische Note vermahnt sich besonders gegen die Politik der japanischen Regierung, die darauf hinauszielt, eine sogenannte „Polizeikontrolle“ über die chinesische Politik zu verhängen.

## Verhinderung der Saarfrage

Noch keine Festlegung des Abstimmungsdatums.

Genf, 25. April. Der Völkerbundsrat auf seiner Tagung nun endlich das genaue Datum für die Abstimmung im Saargebiet festlegen. Wie man nun erwartet, die Festlegung weiter hinausgeschoben werden.

Es heißt in Sekretariatskreisen, daß es nur nach dem gehenden Studium der Verhältnisse an Ort und Stelle möglich sei, die endgültige Festlegung des Datums vorzunehmen. Sollte sich diese neue Verhinderungstendenz durchsetzen, würde dies für die Saarbevölkerung eine neue Geburtsangst bedeuten und ihren Glauben an den guten Willen der Völkerbundsrats nicht gerade bestärken.

## Neuer Finanzskandal in Frankreich?

Der Zusammenbruch der Genossenschaftsbank.

Paris, 25. April. Die Einlagen der in Schwierigkeiten geratenen Genossenschaftsbank betragen nach einer vorläufigen Schätzung 345 Millionen Francs. Von diesem Betrag soll nur ein verhältnismäßig geringer Teil an den Gläubigern zurückgegeben werden. Die übrigen 210 Millionen Francs sollen demnächst fällig werden. Die Bank hat 60 Millionen als Betriebsfonds.

In politischen Kreisen spricht man davon, daß die Untersuchung zur Aufklärung eines ungeheuren Skandals führen dürfte, in den viele Parlamentarier verwickelt seien. Die Millionen-Einlagen hätten zur Finanzierung sozialistischer Kandidaturen bei den Kammerwahlen von 1932 gedient. Die Beträge sollen auf Empfehlung linksstehender Politiker in zweifelhaften Unternehmungen angelegt worden sein.

## Von Warschau nach Prag

Der französische Außenminister auf seiner Rundreise.

Von Krakau kommend ist der französische Außenminister Barthou zu einem offiziellen Besuch in Prag eingetroffen. Herzlich begrüßt von der Regierung und mit ebenso beherzter Freude von der tschechoslowakischen Presse, die in weitaus der Mehrheit der Bevölkerung auf die Reise des französischen Außenministers nach Prag, die in Prag eintrifft, als ein Zeichen der Freundschaft zwischen Frankreich und der Tschechoslowakei betrachtet wird.

„In Prag sind keine Ausklärungen nötig“, „Frankreich unerschütterlich mit uns, wir mit Frankreich“, u. m. a., lauten die Rufe der Begeisterung. Der Besuch wird als eine Kundgebung der völligen Übereinstimmung zwischen der eine selbstverständliche und natürliche Sache ist.

Den Auslassungen einiger Zeitungen kann man allerdings entnehmen, daß der Besuch Barthous in Prag aus einer Reihe realpolitischer Aufgaben gipfelt, die allgemein bekannt sind. Eine davon dürfte von höchst aktueller Bedeutung sein. Die „Prager Abendzeitung“ meldet nämlich, daß zwischen dem Prager und dem französischen Außenministerium, bereits vor der Ankunft Barthous in Prag, direkte Verhandlungen auf diplomatischem Wege zur Beilegung der tschechoslowakisch-polnischen Spannungen eingeleitet worden seien. Diese Verhandlungen seien in vollem Gange. Demnach kann man also annehmen, daß Barthous Besuch nicht zuletzt der Beilegung der in letzter Zeit immer größer gewordenen, Frankreich sehr unermesslichen Spannung zwischen Polen und der Tschechoslowakei g.

Barthou ist wiederum von einem ganzen Haufen von französischen Berichterstattern umgeben, die für die nächste Begleitmission zu sorgen haben. Heute noch die Spitze der französischen Presse endlose Berichte über die arbeitsmäßige Festlegung des französisch-polnischen Bundes, über eine angeblich absehende Verständigung in Warschau, u. m. a., morgen wird sie über den feierlichen Empfang des französischen Repräsentanten in Prag berichten dürfen.

Großer Jubel herrschte auf „Elisabethshöhe“. Die Pensionärinnen waren außer Rand und Band und Frau von Wetter weinte Freudentränen, denn die der Vergebung stand groß und breit zu sehen, daß das Verfahren gegen ihren geliebten Lehrer ganz Schluß eingestellt werden mußte.

„Morgen wird er wieder bei uns sein!“ rief Alwine von Mainwald begeistert. „Wir wollen ihm einen schönen Empfang bereiten!“

„Ja, ja, ja!“ schrie es von allen Seiten begeistert. „Vegen wir zusammen und laufen recht viel Blumen.“

schlug Alwine mit strahlenden Augen vor. „Der wird doch, er liebt Blumen so sehr. Ein Blumenmeer soll ihn umgeben, wenn er wieder zu uns kommt.“

Die Mädchen stürzten auf ihre Zimmer und holten ihre Geldbörsen.

Aber es sah mager aus. Ganze dreieckige Mark kamen zusammen.

Doch Alwine wußte Rat.

„Wißt ihr was? Ich telegraphiere an Mama und lasse mir zweieubert Mark schicken.“

„Aber Alwine, das ist doch nicht nötig!“ wandte Frau von Wetter ein. „Ich gebe Ihnen, was Sie brauchen.“

„Es müssen ja nicht gleich für zweieubert Mark danken.“

Das Mädchen wehrte eifrig ab. Kantor Rosen folgte es kein Wort, die wären jetzt sehr teuer.

Frau von Wetter machte ihren Jünglingen Vorwürfe, wie man am besten das Klassenzimmer und den Gang schmücken könnte.

Eine halbe Stunde später schwärmten die Mädchen aus, bestellten kostbare Blumenarrangements und gaben Auftrag, sie am nächsten Tag früh um acht Uhr auf „Elisabethshöhe“ abzuliefern.

Nach dem Abendessen rief Frau von Wetter noch einmal Alwine zu sich.

„Sie haben sich wohl ganz besonders über die Nachricht von der Freilassung unseres Herrn Scholz freuen nicht wahr?“

„Wie noch nie im Leben!“ gestand das Mädchen offen. (Fortsetzung folgt.)







## So arbeitet die Partei

### Vertrauensmann für Wirtschaftsfragen

Der Vertrauensmann für Wirtschaftsfragen beim Stellvertreter des Führers ist Pg. Angewandte A. Biehl. Er hat grundsätzlich alle an den Stellvertreter des Führers zur Entscheidung herangetragenen wirtschaftlichen Probleme zu bearbeiten. Es ist seine wesentliche Aufgabe, für Einheitslichkeit in der Auffassung und in der Bearbeitung wirtschaftlicher und sozialpolitischer Vorgänge und Aufgaben zu sorgen und auf die Dienststellen der NSDAP, in entsprechender Weise einzuwirken. Er hat maßgeblichen Einfluss genug, um darüber zu wachen, daß die Wirtschafts- und sozialpolitische Arbeit sich in der Praxis jeder Parteistelle durchzieht, und er sorgt ferner in kameradschaftlicher Zusammenarbeit mit anderen Dienststellen dafür, daß auch in der wirtschaftlichen Begleitung der nationalsozialistischen Weltanschauung eingehalten wird. So gehört es zu seinen Aufgaben, die Entwürfe für Gesetze wirtschaftlicher und sozialpolitischer Charakter, die dem Stellvertreter des Führers in seiner Eigenschaft als Reichsminister zugehen, durchzuarbeiten, dem Stellvertreter des Führers die Auswirkungen dieser Gesetze darzustellen und ihm in entsprechenden Beratungen die Möglichkeit eines Urteils darüber zu geben, an welchen Punkten der Gesetzgebung nationalsozialistische Gesichtspunkte vielleicht noch weitergehend zum Ausdruck kommen können.

Die Größe dieser seiner Arbeit kann sich vorstellen, wer sich kurz in das Gedächtnis zurückruft, welche Fülle neuer Gesetze bereits erlassen sind und wie viele noch notwendig sein werden, um im neuen nationalsozialistischen Staat die neue nationalsozialistische Wirtschaft endgültig geformt zu veranlassen.

In einer Zusammenfassung stellt Pg. Angewandte sein Arbeitsgebiet folgendermaßen dar:

Nach Bestimmung des Stellvertreters des Führers ist mir in erster Linie die Aufgabe gestellt, einen Überblick über den gesamten Wirtschaftsapparat der Arbeitsfront zu schaffen, auf Grund dessen Entscheidungen darüber getroffen werden können, wie dieser ganze Wirtschaftsapparat in Zukunft zu gestalten ist und auf welchem Weg gegebenenfalls eine Umänderung des Apparates, möglichst ohne wirtschaftliche Schädigung, vorgenommen werden kann.

Zum Zwecke der Durchführung dieser Aufgabe habe ich zunächst die „Deutsche allgemeine Treuhandgesellschaft“ mit der Zusammenstellung der bisherigen Revisionsergebnisse beauftragt. Aus dieser Zusammenstellung, die den Zustand der Wirtschaftsentwicklungen am Tage der Uebernahme und etwa Ende 1933 entfallen soll, kann festgestellt werden, wieweit die wirtschaftlichen Unternehmungen erhalten werden können und welchen Umorganisationen sie zu unterwerfen sind.

Wegen dieser Tätigkeit behandle ich die wirtschaftlichen Fragen, die an die Partei herangetragen werden und die gewissen Einblick in die Wirtschaft und wirtschaftlichen Erfahrungen voraussetzen. Unter diesen Eingängen befinden sich eine ganze Reihe von Klagen für Arbeitsbeschaffung, ferner Beschwerden über Wirtschaftsförderung und sonstige, angeblich falsche Maßnahmen, zu denen Stellung zu nehmen ist.

Die Ausgestaltung einer Wirtschaftsberatung des Stellvertreters des Führers scheint mir dadurch gegeben zu sein, daß eine ganze Reihe von Wirtschaftsfragen im Zusammenhang mit der Partei zu behandeln sind, bei denen eine gewisse wirtschaftliche Erfahrung und Geschäftlichkeit möglicher Gegenstände zwischen Wirtschafts- und Parteimaßnahmen ausgleichen soll. Mit Rücksicht auf den Umfang des erforderlichen Materials ist es von großer Bedeutung für die Wirtschaft, ob und welche Maßnahmen jeweils getroffen werden, ob Entscheidungen rechtzeitig herbeigeführt werden.

Weiter wird die Frage der Warenhäuser und Konsumvereine ständig zielbewußt behandelt.

Auch in der Frage der Wirtschaftsdurchorganisation werden Verträge gemacht, die vertrieben sich bildenden Meinungen zusammenzufassen, Ausgleich zu schaffen und damit die Führung dieser Fragen einheitlich zu gestalten.

Weiter ist die Frage von Eingriffen der Parteistellen und der politischen Partei in die Wirtschaft in systematischer Behandlung durch die Autorität der Parteileitung zu ordnen. Es wird sich später noch eine ganze Reihe derartiger Fragenkomplexe ergeben, die zielbewußt von einer Stelle zu erledigen sind. Auf Grund meiner bisherigen Tätigkeit ist das etwa ein Arbeitsprogramm, wie es sich mir für die Zukunft darstellt.

## Der echte Staat

Ein Vortrag v. Papens im Dortmunder Industriellen-Klub.

Im Dortmunder Industriellen-Klub hielt Vizelfänger von Papens einen Vortrag, der sich mit dem Werden des neuen, des echten Staates befaßte. Es sei die Aufgabe der heutigen Staatslenker, an Stelle des liberalen Staates den echten Staat zu setzen, der wahre Herrschaft ist und alle Lebensgebiete zusammenfaßt und krönt. Wenn auch der technische Fortschritt der deutschen Revolution beendet sei und die Machtübernahme durch ein neues geistiges Prinzip stattgefunden habe, könne doch von der Vollendung der eigentlichen Revolution, die auf geistigen und konstruktiven Gebieten liege, noch nicht gesprochen werden. Hier handle es sich um einen langfristigen Wiederaufbau, der die Hand der forglamen Götter bedinge. Von der materiellen Betrachtung des Lebens wende sich die Welt wieder zur heroischen, die die vom Schöpfer gegebene mannigfaltige Form der Gemeinschaft bejahe. Diese Gemeinschaft sei entworfen, die als falsch erkannte Form der Gesellschaft und Wirtschaft zu zerlegen, um an ihre Stelle wieder die organische Ordnung der Schöpfung zu setzen. Mit staatlichen Mitteln allein könne der deutsche Sozialismus nicht gemacht werden. Er laufe auf eine neue Gemeinschaftsgewinnung hinaus, die nur dann echt sei, wenn sie nicht erzwungen werde. Die eigentliche Staatsbürgerlichkeit und Volksgemeinschaft beruhe auf Freiwilligkeit. Wenn deshalb der deutsche Sozialismus häufig verstanden werde als die Schaffung und Anwendung staatssozialistischer Wirtschaftsformen, so scheine das dem Redner ein Rückfall in liberal-marginalistisches Denken.

In diesem Zusammenhang behandelte der Vizelfänger die Bedeutung des religiösen Grundgefühls, das die vor-kapitalistische Zeit beherrschte. Fühle sich der Mensch als Geschöpf einer Schöpfungsordnung, in die er hineingeboren sei, so werde er nicht verachten, göttgewollte Bindungen zu sprengen. Er werde bestreben, einsehen, daß die Verschwiegenheit der menschlichen Anlagen eine Einteilung in Führer und Geführte notwendig mache. Eigentum, welches verantwortlich im Sinne der Volksgemeinschaft verwaltet wird, sei noch in den seltensten Fällen gedeutet worden. Das Gefühl für soziale Ungerechtigkeit setze erst ein, wenn die Vorteile beansprucht, die Verpflichtungen und Gefahren dagegen auf die Allgemeinheit abgewälzt werden. Man müsse sich deshalb hüten, die Wirtschaft allzu stark zu vergesellschaften, sei es auf privatem, sei es auf staatlichem Wege. Man solle nicht glauben, daß nur die Privatwirtschaft, wenn sie kapitalistisch entartet ist, zur Korruption neige. Deshalb müsse man dauernd bestrebt sein, in die neuen staatsbürgerlichen geordneten Wirtschaftsgliederungen die private Initiative und die individuelle Verantwortung einzubauen und sie wachzuhalten. Das letzte Ziel der nationalsozialistischen Revolution auf ökonomischem Gebiete müsse die Schaffung eines kräftigen Wirtschaftstandes sein, der sich nicht nur selbst verwalte sondern auch unter dem Patronat des Staates sich die Wirtschaftsgesetzgebung selber gebe.

Schließlich beschäftigte sich der Redner noch mit Gedanken der Nationalwirtschaft. Ob es eine Weltwirtschaft im Begriff sei, gegeben zu werden, könne als fraglos angenommen werden, daß es immer eine internationale Weltwirtschaft geben werde. Deshalb dürfe man den nationalwirtschaftlichen Gedanken nicht mit dem der Weltwirtschaft verwechseln. Es sei denkbar, daß die Weltwirtschaft im Laufe der Zeit in der Rolle des Weltwirtschaftsleiters hervortreten werde. Es bedürfe der langen er Deutschland der Gefahr auszuweichen, daß der Lebensstandard des deutschen Volkes stark gesunken werde. Die technisch-wirtschaftliche Entwicklung verlange eine Vergrößerung der Räume, der die Politik bisher nicht nachgegeben hat. Für die Zukunft der deutschen Wirtschaft sei es entscheidend, bei den Neueregungen, die notwendig geworden seien, gebührend berücksichtigt zu werden. Die Neugestaltung der Weltwirtschaft, die notwendig sei, müsse auf dem Volkstum zurückzuführen sein, das die Welt nicht mehr demselben internationalen, nicht internationalen, sondern dem deutschen Volkstum zu verdanken habe und heute umgestalten dürfe. Aus der deutschen Revolution wachse so die neue Weltwirtschaft.

## Sonntagsarbeit am 1. Mai 1934

Aus Anlaß des 1. Mai hat der Reichsarbeitsminister auch in diesem Jahre die Landesregierungen auf die Wichtigkeit hingewiesen, den Feiertagsbräuten die notwendige Feiertagsarbeit zu ermöglichen. Die Landesregierungen sind ersucht, die notwendigen Anordnungen zu treffen, die die Feiertagsarbeit ermöglichen. Die Landesregierungen sind ersucht, die notwendigen Anordnungen zu treffen, die die Feiertagsarbeit ermöglichen. Die Landesregierungen sind ersucht, die notwendigen Anordnungen zu treffen, die die Feiertagsarbeit ermöglichen.

## Für den Frieden Europas

Unterredung mit dem Beauftragten für Abrüstungsfragen.

Der Beauftragte für Abrüstungsfragen, Joachim von Ribbentrop, erklärte einem Reichsvertreter in einer Unterredung nach englischer Darstellung, u. a., er werde darauf, daß trotz vieler Schwierigkeiten der gesunde Menschenverstand sich schließlich durchsetzen und zu einer neuen Lösung des Abrüstungsproblems führen werde.

Sein Ziel sei, den Weg für ein Abrüstungsabkommen zu ebnen, das auf Gleichheit beruht und Europa den Frieden gibt und somit in diesem Teil der Welt den Frieden und die Sicherheit und das Vertrauen wiederherstellt, das für die Wiederherstellung des europäischen Wirtschaftslebens so bitter notwendig ist.

Die Lage müsse getrübt werden, aber er glaube, daß in allen Ländern der Gedanke mehr und mehr an Boden gewinnt, daß das ursprüngliche Recht der Selbstverteidigung und der Gleichheit, das jede Nation von Gott für sich beansprucht, Deutschland nicht verläßt werden kann. Aus persönlicher Erfahrung habe er den Eindruck gewonnen, daß die Welt bereits anerkannt hat, Niemand in der Welt könne die Wägen unserer Forderungen nach Verrücktheit wagen. Die maßvollen Forderungen Deutschlands werden von der Reichsregierung geteilt und auf der einen Seite den berechtigten Willen, das Vaterland zu verteidigen und das Gefühl der Sicherheit zu geben und auf der anderen Seite den Wunsch nach einem wahren Frieden zu bezeugen.

## Spangenberg

### Konfilmtheater

Am Freitag, Sonnabend und Sonntag  
pünktlich 8,30 Uhr



„Glückliche Inseln im Atlantik“  
UFA WOCHENSCHAU

Die genauen Spielzeiten für Schulen und sonstige Organisationen werden noch bekannt gegeben.

## Gesperrt

Auf Grund des § 20 der Straßenverkehrsordnung vom 20. 3. 1934 (§. 20, S. 169) werden wegen Ausübung von Fahrzeugarbeiten folgende Landwege für schweren Fußverkehr und für alle Kraftfahrzeuge gesperrt:

1. Gensungen-Undshausen vom Stat. 4,1 - 4,8 zwischen Harte und Rhönda vom 30. 4. - 4. 5. 1934. Umleitung: Rothausen-Hömshausen oder Niederhörsch-Gelsberg.

2. Melsungen-Welgershausen-Mittelhof von Stat. 4,3 - 5,2 und 5,8 - 6,2 zwischen Mittelhof bis einschl. Ortslage vom 4. - 14. 5. 1934. Umleitung: Heflar-Gensungen.

Melsungen, den 20. April 1934. Der Landrat

## Verkauf eines Birnbäumchens.

Auf dem Grundstück Burgfeld soll 1 Birnbäumchen verkauft werden. Angebote sind bis zum Sonnabend, den 28. ds. Mts. vorm. 11,30 Uhr auf dem Rathaus abzugeben.

Spangenberg, den 24. April 1934.  
Der Bürgermeister J. Müller

## Plan für die öffentlichen Impfungen im Kreis Melsungen im Jahre 1934

Dienstag, den 29. Mai 1934.  
Vorm. 8 Uhr in Undshausen (Schule)  
Vorm. 8.30 Uhr in Melsungen (Gastwirtschaft)  
Vorm. 9 Uhr in Melsungen (Gastwirtschaft) für Melsungen-Land, Wegebach, Herlesfeld u. Stotthausen  
Vorm. 10 Uhr in Melsungen (Gastwirtschaft)  
Vorm. 10.30 Uhr in Wegebach (Gastwirtschaft) für Wegebach, Vorderode u. Wegebach.  
Vorm. 11.30 Uhr in Spangenberg (Rathaus) Elbersdorf u. Verghum  
Mittwoch 12 Uhr in Spangenberg (Rathaus) für die Stadt Spangenberg.  
Nachm. 13.30 Uhr in Wegebach (Gastwirtschaft)  
Nachm. 14 Uhr in Melsungen (Gastwirtschaft) (Höhn)  
Nachm. 15 Uhr in Wegebach (Schule)  
Nachm. 15.30 Uhr in Melsungen (Gastwirtschaft)  
Nachschau: 5. Juni zu den angegebenen Tageszeiten.  
Melsungen, den 10. 4. 1934. Der Landrat.

## Frischen Stangenspargel Frischen Suppenspargel eingetroffen

Auch in dieser Saison werden Sie wieder mit der alten guten Qualität Spargel bedient, der Sie im vorigen Jahre so sehr zufrieden war.

## Karl Bender

Saatkartoffeln Kleinkaliber  
Schützenverein

zu verkaufen  
Kettler, Halbersdorf.

Inseriert!  
Schießbühnen sind mitgitarig.

Der Vereinsleiter.

Chorverein  
„Viedertänzer“

Klipps Kaffee  
Donnerstag abd. 4.30

H. Mohr.  
Der Vorstand.

Feinste vollstättige  
Apfelsinen, Bananen,  
Repfel,

Karl Bender

Anzeige

Druck un

Mr.

Na

Als so

die feiertag

ten, da ma

Sinn dieses

lich die ge

man sich n

Ziel, da fa

gen und de

lich schlep

feiertag v

Wolf, das f

Das d

Aufbaues,

schaffender

erkennt W

liberalisti

berits gel

Sticht Arb

für jeden e

Erinnerung

Wolf geme

Mai vor e

en, daß d

Glaube un

und Streb

appellier

sechs Mon

deutsche W

nationalsoz

gewonnen

den Beweis

gab ihm a

heranzugeh

Wie I